

(A) (Larisika-Ulmke [F.D.P.])

und halten, auch wenn es vorhin verworfen worden ist, auf längere Sicht an der Laufbahn P fest, weil wir der Ansicht sind, daß man damit mehr Gerechtigkeit auf Zeit erreichen könnte.

Aber zur Zeit den Polizeibeamten wieder Hoffnung auf etwas zu machen, das nicht realisierbar ist, halte ich nicht für vertretbar. Deswegen bleiben wir auch hier bei dem, was wir im Ausschuß gesagt haben. Wir wünschen es, aber wir können es nicht. Deswegen enthalten wir uns bei diesem Antrag der Stimme. - Danke schön.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Frau Larisika-Ulmke. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Appel.

(B) Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir haben das Problem der Beförderung der Polizeibeamten im Rahmen der leider etwas verzögerten Verwirklichung der zweigeteilten Laufbahn hier in Nordrhein-Westfalen im Ausschuß ausführlich diskutiert. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich glaube, wenn ich das Plenum hier nicht mehr mit langen Ausführungen zeitlich strapaziere, wird das unseren weiteren Beratungen und auch den Geldern der Steuerzahler helfen.

Wir werden dem Antrag nicht zustimmen. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Danke, Kollege Appel. - Innenminister Dr. Schnoor hat seine Wortmeldung zurückgezogen. Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Meine Damen und Herren, der Ausschuß für Innere Verwaltung empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 11/5660, den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/5053 abzulehnen.

(C)

Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltung der F.D.P.! Gegen die Stimmen der CDU ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung angenommen und somit der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/5053 abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 4 der Tagesordnung:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 11/5510 und 11/5929

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 11/5666

zweite Lesung

in Verbindung damit:

Stärkung der Leistungskraft von Polizei, Strafverfolgung und Strafvollzug im Kampf gegen die steigende Kriminalität

Antrag
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5634

(D)

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Bensmann das Wort. Bitte schön!

(A)

Abgeordneter Bensmann (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem ersten Nachtragshaushalt wird das Volumen um 759 Millionen DM auf 78,4 Milliarden DM erhöht. Das bedeutet eine Erhöhung der Steigerungsrate von 3,4 % auf 4,4 %, Herr Finanzminister. Ich wollte nur darauf hinweisen. Sie vergleichen immer mit Bonn. Die nach dem Finanzplanungsrat vorgesehene Steigerung lag bei 3,5 %.

(Minister Schleußer: Der Bund hat seine Steigerung mehr als verdoppelt!)

Ich wollte nur darauf hinweisen. Ich denke, das darf doch erlaubt sein, Herr Finanzminister. Wenn Sie immer nach Bonn gucken und sagen, was die alles so falsch machen und was vorgegeben war, darf man doch einmal darauf hinweisen, was Sie hier machen. Das sind übrigens auch Ihre Zahlen, mehr nicht.

Darüber hinaus weist der Haushalt eine Deckungslücke von 622 Millionen DM aus, die Sie durch Erhöhung der Nettokreditaufnahme ausgleichen wollen. Ich sage Ihnen: Das ist der falsche Weg, auch im Hinblick auf das, was Sie heute morgen gesagt haben. Es steht auch im krassen Widerspruch zu Ihren Äußerungen, in denen Sie immer wieder den Bund und die Gemeinden auffordern, weniger Schulden zu machen. Trotzdem satteln Sie auf den immensen Schuldenturm von über 110 Milliarden DM weitere 622 Millionen DM drauf.

(B)

Finanzpolitisch kommt noch hinzu, daß der Bund im Jahr 1993 den Kreditmarkt erheblich belasten muß, weil er nämlich den Löwenanteil an den einigungsbedingten Kosten übernommen hat und bei den Solidarpaktverhandlungen in vielen Bereichen, Herr Finanzminister, vom Bundesrat wirklich über den Tisch gezogen worden ist.

Ich beweise Ihnen auch, wo dies der Fall ist. Vor wenigen Tagen haben Sie mit Stolz verkündet, daß Sie in den vergangenen Jahren aufgrund erheblich verbesserter Steuereinnahmen den Kreditrahmen nicht ausschöpfen mußten. 1991 war das 1 Milliarde DM, 1992 waren es sogar 2,1 Milliarden DM. Sie haben darüber hinaus noch zusätzlich in der Größenordnung von 1,3 Milliarden DM Rücklagen bilden können. Dies ist genau der Zeitraum nach der Wiedervereini-

(C)

gung und unterstreicht auch das von der CDU, von meinem Kollegen Schauerte, in den letzten Jahren immer wieder geäußerte Faktum zu Recht, auch wenn Sie immer bestritten haben, daß das Land Nordrhein-Westfalen aufgrund der guten Binnenkonjunktur an der Wiedervereinigung in der Tat verdient hat.

(Zustimmung des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Die Steuereinnahmen haben das mit Ihren Zahlen eindeutig bewiesen. Als Kronzeuge - das fand ich wirklich sehr bemerkenswert, Herr Schleußer - trat am Mittwoch der letzten Woche der Fraktionsvorsitzende der SPD hier auf. Er hat Ihnen - mit Verlaub darf ich den Ausdruck gebrauchen - die Maske des Falschspielers vom Gesicht gerissen, als er nämlich im Zusammenhang mit der Beratung der 2 Milliarden DM für das Strukturprogramm des Kohlereviere feststellte - Originalton Farthmann -: Was wollt ihr von der CDU eigentlich? In den guten, fetten Jahren - die zwei Jahre davor - haben wir 2 Milliarden DM angespart, die wir jetzt ausgeben wollen.

Ich glaube, einen besseren Zeitzeugen gibt es überhaupt nicht. Einen krasseren Widerspruch kann ich mir kaum vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Angesichts dieser Tatsache stellt sich auch die Frage, ob Nordrhein-Westfalen im Rahmen seiner gesamtstaatlichen Verantwortung nicht auch einen dämpfenden Beitrag dadurch leisten muß, daß es auf zusätzliche Kreditmarktmittel im Jahre 1993 verzichtet, und ob es die zusätzlichen Belastungen aus dem Solidarpakt in der Größenordnung von 581 Millionen DM nicht durch andere Haushaltsmaßnahmen - mit denen wurde ja schon begonnen - und konsequentes Sparen auffangen muß.

Mit der Aufstockung des Fonds Deutsche Einheit von 581 Millionen DM wird der Landeshaushalt belastet. Konsequenter wäre hier, daß die Gemeinden auch angemessen gesetzesmäßig beteiligt werden, nämlich in der Größenordnung von 21 %. Das sind 120 Millionen DM. Wir haben dies im Haushalts- und Finanzausschuß angeregt, und ich kann aufgrund der Vor-

(Bensmann [CDU])

(A)

lage, die wir heute im Fach hatten, mit Genugtuung feststellen, daß Sie unserer Auffassung gefolgt sind.

Ein weiteres Beispiel für nicht tatsächliches Sparen und falsche Weichenstellungen in der Vergangenheit - nämlich durch die Politik der großzügigen Taschen - ist die Korrektur des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Auch das - es ist im Rahmen der Nachtragsplanberatungen gar nicht so sehr breit diskutiert worden - ist eine Größenordnung von 233 Millionen DM. Hier wird deutlich - auch das nur zur Wiederholung -, daß die Elternbeiträge damals falsch eingeschätzt wurden. Schon bei der Verabschiedung des Gesetzes sind von uns Korrekturen hinsichtlich der Standards angemahnt worden. Endlich haben Sie daraus gelernt. Sie wollen dies ja bei der Beratung der anstehenden Novellierung des Kindertagesstättengesetzes mit berücksichtigen.

Herr Finanzminister, die größte finanzpolitische Mogelpackung ist jedoch die groß angekündigte Personaleinsparung von 7 000 Stellen. Sie war ja heute morgen schon einmal Thema. Um auch hier die Relationen deutlich zu machen: Es sind weniger als 2 % aller Landesbediensteten. Die tatsächlichen Kosten - Sie haben das heute morgen verneint - sind jedoch noch viel, viel geringer. Es sind 1994 ganze 399 kw-Vermerke. 1995 sind es lediglich 942 kw-Vermerke. Danach sind es bis zum Jahre 2000 3 500, und 1 200 stehen unter dem Vorbehalt einer weiteren Überprüfung.

(B)

Das heißt also: Auch diese 7 000 Stellen sind eine Zahl, die in der Diskussion steht, aber noch lange keine tatsächliche Einsparung. Tatsächlich liegt sie im Haushalt 1994 auf jeden Fall im Promillebereich und nicht höher.

Ich hätte im Rahmen der Beratungen des Nachtragshaushalts, aber auch der jetzt anstehenden Beratung des Haushalts 1994 von der SPD-Fraktion erwartet, daß sie schon jetzt mit den Personaleinsparungen wirklich ernst gemacht hätte. Vor diesem Hintergrund begrüßt die CDU-Fraktion natürlich, daß die Mehrheitsfraktion - für uns kommt das ein bißchen überraschend, Herr Kollege Walsken und Herr Kollege Trinius - unserem Antrag zugestimmt hat, in Zukunft

alle kw-Vermerke durch Umsetzungen ressortübergreifend zu realisieren.

(C)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Da sehen Sie mal, wie gut wir sind!)

- Ja, wenn Sie etwas gut machen und wenn Sie zur Einsicht kommen, loben wir Sie doch auch. Damit haben wir keine Probleme. Sie hätten nur viel eher damit anfangen müssen, dann wären wir schon viel weiter, Herr Trinius. Das wollte ich Ihnen sagen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Sie begründen so selten gut!)

- Die Anträge haben wir ausführlich begründet. Mehr läßt die Redezeit nicht zu.

Aber in diesem Zusammenhang möchte ich auf ein anderes Problem hinweisen. Wir haben es auch im Haushalts- und Finanzausschuß ausführlich diskutiert. Es ist ja wirklich blamabel - man darf es hier eigentlich gar nicht sagen -: Der Finanzminister weiß überhaupt nicht, wie viele Landesbedienstete auf seiner Gehaltsliste stehen.

(Lachen des Ministers Schleußer)

- Nein, das wissen Sie nicht. Die einzelnen Ressorts wissen das, doch Sie selber können nicht personalsteuern eingreifen. Wir haben das ja ausführlich diskutiert. Sie mußten es ja zugeben. Ich mache Ihnen persönlich ja gar nicht den Vorwurf, Herr Schleußer. Nur eines fordere ich ein: daß ganz schnell und konsequent, auch mit Unterstützung der CDU, ein solches EDV-System aufgebaut wird, damit Sie Ihre Schularbeiten machen können und damit auch wir in der Lage sind zu kontrollieren, ob das umgesetzt wird, was wir bei den jeweiligen Haushaltsplanberatungen beschlossen haben.

(D)

Der weitere Weg der konsequenten Personaleinsparungen erfordert, daß wir auch weiterhin - im Bereich der Polizei fangen wir ja an - Gutachten von unabhängigen Instituten bekommen. Meine Damen und Herren, dies sage ich auch mit einem besonderen Blick in Richtung SPD-Fraktion: Hier kann es keine Tabuzonen geben. Wir von der CDU verlangen, jetzt und nachher im Haushalts- und Finanzausschuß noch

(A) (Bensmann [CDU])

einmal, daß auch die Landtagsverwaltung von einer Unternehmensberatungsgesellschaft hinsichtlich ihrer Effektivität untersucht wird.

(Beifall bei der CDU)

Über Einzelheiten können wir uns streiten und auch unterhalten. Aber ich denke, die Vorlage, die Herr Kalenberg uns in Zusammenarbeit mit der Landtagsverwaltung gegeben hat, ist eine gute Grundlage. Wir werden dies gleich zur Abstimmung stellen, und dann können Sie sagen, ob Sie es wollen, ja oder nein.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie werden sich schon bewegen!)

- Ja, sie können sich ja noch bewegen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja, das werden sie!)

Da können Sie übrigens zeigen, Herr Kollege Trinius, ob Sie so beweglich sind und unsere Vorschläge aufnehmen, wie Sie es eben auch eingefordert haben.

(Abgeordneter Walsken [SPD]: Es kommt auf die Richtung der Bewegung an!)

(B) - In einer Stunde haben wir ja vielleicht auch eine Lehrstunde dabei.

Meine Damen und Herren, insbesondere von der F.D.P., Herr Wickel, dazu gehört natürlich auch, daß wir uns weiter mit dem Thema Polizei befassen. Ich will das nicht vertiefen; mein Kollege Paus hat das vorhin getan. Wir haben uns im Haushalts- und Finanzausschuß auch der Stimme enthalten, weil es uns einfach zuwenig ist.

(Zustimmung der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Es geht nicht darum, den Polizeibeamten etwas mehr Geld zu geben, sondern wir brauchen eine grundsätzlich neue Struktur. Ich denke, mit der P-Besoldung sind wir dort auf einem richtigen Weg.

Ich komme nun zur Deckung des Nachtragshaushalts. Die zusätzlichen Ausgaben durch Kredite zu finanzie-

ren, lehnen wir grundsätzlich ab - ich hatte es eben gesagt -, weil es einfach der falsche Weg ist. Wir haben vorgeschlagen, daß beispielsweise die Sonderrücklage der Wohnungsbauförderungsanstalt bei der WestLB dem Wohnungsbau zugeführt werden soll. Es sind nur 15 Millionen, einverstanden. Aber auch hier konnten wir - für uns überraschend, Herr Trinius - in der Vorlage lesen, daß die Landesregierung diesen Vorschlag aufgenommen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

Weiter hier so zu lernen, das ist der richtige Weg. Bezüglich der Ausgabe- und der Deckung der zusätzlichen Maßnahmen sind wir der Auffassung, daß der erfolgreiche Weg der Bewirtschaftungssperre, den der Finanzminister angekündigt hat und woran in den einzelnen Ressorts teilweise gearbeitet wird, zu einer Erhöhung der globalen Minderausgaben führt und wir auf diesem Wege die vorhandene Haushaltslücke schließen können.

Lassen Sie mich zum Schluß noch zwei grundsätzliche Bemerkungen machen. Über die im Mediensommerloch von der Mehrheitsfraktion in Presseerklärungen verkündete wirklich dramatische Situation der öffentlichen Haushalte und deren notwendige Konsequenzen habe ich in den Beratungen zum Nachtragshaushalts wie auch bei der ersten Lesung des Haushalts 1994 - Kollege Schauerte hatte heute morgen darauf hingewiesen - wirklich wenig gehört. Die Schlagzeilen in den Medien lauteten - Farthmann wurde zitiert -: "SPD geht auf Privatisierungskurs". Sie selbst Herr Schleußer haben einen "schlankeren Staat" gefordert. Dieses waren wohl Luftballons, jedenfalls sind tatsächliche Entscheidungen und Fakten weder im Nachtragshaushalt noch im Haushalt 1994 zu finden.

Meine Damen und Herren! Wir befinden uns in der Tat in einer außergewöhnlichen Finanzsituation, wie wir sie nach dem Kriege noch nie hatten. Wir müssen über grundsätzliche Fragen der Daseinsvorsorge, über Subventionen und über öffentliche Dienstleistungen insgesamt nachdenken. Auch das öffentliche Dienstrecht - das ist ein heißes Thema - steht auf dem Prüfstand. Wenn wir einen "schlankeren Staat" haben wollen, bedeutet dies im Bereich der Ministerialverwaltung eine Nulldiät und das Abschneiden überflüssiger Zöpfe. Vor 5 Jahren habe ich an dieser Stelle

(C)

(D)

(Bensmann [CDU])

(A)

schon einmal gefordert, die Ministerialzulage zu streichen. Herr Kollege Schauerte hat Sie heute morgen dazu aufgefordert, ernsthaft darüber nachzudenken. Wir sind gespannt, wie Sie dieses im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 1994 weiter diskutieren.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Keine Reaktion!)

- Es gab dazu überhaupt keine Äußerung, Herr Kollege Schauerte, aber vielleicht im Rahmen der Beratungen zum Nachtragshaushalt. Vielleicht kommt das ja noch.

Meine Damen und Herren! Wir werden, was das öffentliche Dienstrecht angeht, eine Initiative ergreifen. Es kann nicht richtig sein, daß im wesentlichen Dienstalter und Familienstand Grundlage der Besoldung sind und nicht die Leistung eines jeden einzelnen am Arbeitsplatz. Das ist heute so und wird auch von niemandem bestritten. Ich denke aber, daß dies nicht der richtige Weg ist, und darüber müssen wir nachdenken.

Wenn man diese Thematik anspricht, drängt sich bei mir so ein bißchen der Verdacht auf, daß die Landesregierung und Sie von der SPD-Mehrheitsfraktion den Druck der Schuldenlast aufgrund der Umarmung der Arbeitnehmervertretungen wohl noch nicht hinreichend spüren. Die notwendigen Entscheidungen werden sicherlich noch lange auf sich warten lassen.

(B)

Ich darf Ihnen an dieser Stelle versichern - Herr Kollege Schauerte hat dies für den Haushalt 1994 bereits getan -, daß wir trotz erheblicher Widerstände und Proteste insbesondere der Betroffenen Vorschläge einbringen werden, damit wir in Zukunft in einem "schlankeren Staat" mit weniger Verwaltung politisch wieder handlungsfähig sein werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Bensmann. - Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Walsken.

Abgeordneter Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe eben den Zuruf bekommen, die SPD möge sich bewegen. Ich gestehe gern: Die SPD bewegt sich immer, wenn es um Vernunft geht. Meistens sind wir etwas schneller als Sie, und deshalb haben Sie Schwierigkeiten, sich in Richtung SPD zu bewegen. Ich hoffe, daß es uns zumindest bei den Nachtragshaushaltsberatungen gelingt, daß Sie noch einen Schritt mehr auf uns zugehen.

Kollege Bensmann hat schon erhebliche Schwierigkeiten gehabt, als Oppositionspartei überhaupt ein Haar in der Suppe zu finden. Ich habe mich bemüht, ihm aufmerksam zuzuhören, um festzustellen, welche wichtigen Kritikpunkte er an diesem Nachtragshaushalt hat. Im Grunde genommen ist von dem, was Sie, Kollege Bensmann, vorgetragen haben, im Finanzausschuß nichts unwidersprochen und nichts unwiderlegt geblieben. Alles ist eigentlich schon gesagt und diskutiert worden. Ich will es mir deshalb in der Entgegnung auf Sie nicht allzu schwer machen, weil ich das Gefühl habe, daß Sie hier eine Pflichtübung absolvieren mußten, um darzustellen, daß die CDU den Nachtragshaushalt prinzipiell nicht zustimmen kann, obwohl sie es gern möchte, weil so viele richtige und wichtige Dinge darin sind. Das ist so mein Eindruck.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

- Ich komme im einzelnen darauf. Die Frage der Deckung der zusätzlichen Ausgaben durch Aufstockung der Kreditaufnahme ist von Ihnen kritisiert worden. Sie haben im Ausschuß den Vorschlag gemacht, diese durch die Erhöhung der globalen Minderausgaben anstelle der Erhöhung der Kreditaufnahme zu decken. Mitte September kommen Sie auf die Idee, die globalen Minderausgaben noch einmal aufzustocken. Ich wundere mich darüber, weil das bei Ihnen auch so eine Art Doppelstrategie ist. Wir haben uns allein durch die Einrichtung der globalen Minderausgaben, wie sie jetzt im Haushalt eingestellt sind, in jedem Fachausschuß Kritik der Opposition anhören müssen, weil Zuschußempfänger in Mitleidenschaft gezogen werden, weil sie schon für das bezahlen

(C)

(D)

(A) (Walsken [SPD])

müssen, was bisher im Haushalt an globalen Minder-
ausgaben enthalten ist. Und Sie kommen im Septem-
ber, wo es kaum noch möglich ist, außer in freiwill-
igen Bereichen, für Zuschußempfänger Geld ein-
zusammeln, auf die Idee, die Aufstockung zu fordern.

(Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

Wie Sie hier eine Doppelstrategie betreiben, sich im
Fachausschuß hinter die Argumentation der Inter-
essenverbände stellen, sie gegen die Landesregierung
heißmachen, um dann im Finanzausschuß wieder den
Obersparer zu spielen, ist schon abenteuerlich. Aber
das kennen wir bei Ihnen schon seit Jahren. Deshalb
haben Sie es als Opposition in der öffentlichen Debat-
te auch so schwer, als finanzpolitisch seriös anerkannt
zu werden.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Damit haben
wir wenig Last! - Beifall bei der SPD)

- Ich will, Herr Schauerte, in dem Zusammenhang
auf einzelne Personen nicht eingehen, weil sich das ja
nicht gehört.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie haben die
großen Probleme, was die Seriosität betrifft!)

(B) - Ach, Herr Schauerte, man kennt Sie doch! - Sie
haben auch kritisiert, daß das Strukturprogramm
kreditfinanziert sei, und den üblichen Vorschlag un-
terbreitet, Teile der WestLB zu verkaufen. Nun haben
wir das mit der WestLB schon oft gehört, und erfah-
rungsgemäß ist der Verkauf von WestLB-Anteilen
auch relativ einfach. Man will es den Gemeinden
auferlegen, die das über ihre Sparkassenverbände
bezahlen sollen. Das ist eine ganz geschickte, inter-
essante Geschichte. Und es bleibt dann öffentlich.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Hoffentlich ist
der Vorgang für Sie nicht zu kompliziert!)

Es ist in Wahrheit eine Finanzierung für einen Haus-
halt, für nicht mehr.

Es ist auch absolut zulässig - darüber haben wir schon
diskutiert - und normal, daß die nicht ausgeschöpften
Kreditermächtigungen der letzten Jahre herangezogen
werden können, um Strukturprogramme in diesem

Jahr zu finanzieren, weil sie bereits in den Haushalten
der letzten Jahre finanziert waren.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Mit nicht
ausgeschöpften Kreditermächtigungen Struktur-
programme finanzieren?)

- Das ist ein übliches Verfahren. Das können Sie
zwar kritisieren, aber Sie wissen, daß es nicht nur
legal, sondern auch vernünftig ist, so zu verfahren.

Das wichtigste im Nachtragshaushalt ist kaum ange-
sprochen worden. Das wichtigste ist, daß die Ergeb-
nisse des Arbeitsstabes "Aufgabenkritik" der Landes-
regierung umgesetzt werden. Das bedeutet eine echte
strukturelle Verbesserung des Landeshaushalts in den
nächsten Jahrzehnten. Der Abbau von 5 700 Stellen in
den nächsten Jahren - das ist echte Konsolidierung,
meine Damen und Herren. Was der Finanzminister
dieses Landes gemacht hat, hat kein Landesgesetzge-
ber und keine Regierung in den west- und ostdeut-
schen Bundesländern zustande gebracht.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Posser war
viel besser! 17 000 Stellen, das haben Sie
vergessen! Das war ein seriöser Mann! Ich
schätze ihn sehr!)

- Durch die von Ihnen ständig kritisierte Politik der
Rasenmähermethode 2 % abzusetzen. Hören Sie auf,
Herr Schauerte! Sie müssen einmal in Ihren eigenen
Reden von damals nachlesen, wie Sie das kritisiert
haben. Aber Sie sind so vergeblich.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Er hat nur ein
Kurzzeitgedächtnis!)

Das ist ja das Problem: Was Sie vorgestern gesagt
haben, hat für Sie heute keine Gültigkeit mehr.

In dem Stadium, in dem wir uns befinden, ist dies der
entscheidende Faktor zur Gesundung des Landeshaus-
halts auf Dauer. Es ist erst der erste Schritt. Weitere
Schritte werden folgen müssen, um die Organisations-
gutachten konsequent weiterzuführen und damit eine
strukturelle Wiederherstellung politischer Handlungs-
fähigkeit im Land Nordrhein-Westfalen für die näch-
sten Jahre zu gewährleisten. Da sind wir in Nord-
rhein-Westfalen weiter als alle anderen Bundesländer,

(C)

(D)

(A) (Walsken [SPD])

und ich kann nur sagen: Auf diesem Weg müssen wir weiter vorangehen, um Politik wieder seriös und solide finanziert betreiben zu können. Das ist der wichtigste Aspekt dieses Nachtragshaushalts.

Ich möchte nur einen kleinen Ausschnitt hier aufgreifen, weil Kollege Bensmann das dargestellt hat und Herr Schauerte das einmal als Test für die Glaubwürdigkeit des Parlaments bezeichnet hat, nämlich die Frage, ob auch in dieser Landtagsverwaltung die Notwendigkeit von Stellen durch ein Organisationsgutachten überprüft werden soll.

Wir wissen, daß es da auch in Ihren eigenen Reihen unterschiedliche Auffassungen gibt. Sie wissen, daß sich das Präsidium einstimmig - da sind ja Abgeordnete der CDU vertreten - gegen ein Organisationsgutachten ausgesprochen hat. Auch im Hauptausschuß hat dieses Thema eine Rolle gespielt; er hat sich nicht dazu durchgerungen, es zu seinem Thema zu machen, sondern er hat es auf den Unterausschuß "Personal" und auf den Haushalts- und Finanzausschuß delegiert.

(B) Ich muß Ihnen sagen: Bei dem, was von Ihnen vorgetragen wird, gibt es einen Punkt, der uns politisch unterscheidet. Ich sage das mit allem nötigen Ernst, weil die Frage der Organisationsgutachten auch für dieses Haus kommen kann. Ich will nicht ausschließen, daß wir uns dem nähern. Das haben wir auch im Ausschuß schon zum Ausdruck gebracht.

Der entscheidende Unterschied ist, daß im Augenblick noch nicht gewährleistet ist, daß der neutrale Gutachter, der dieses Haus untersucht, auch von einem neutralen Arbeitsstab "Aufgabenkritik" begleitet wird. Solange dies nicht gewährleistet ist, sondern die Begleitung des Gutachters ausschließlich durch dieses Haus erfolgt, sind wir nicht bereit, auch nur eine müde Mark für ein Organisationsgutachten zur Verfügung zu stellen.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Es muß untersucht werden wie jedes Ministerium auch! - Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: SPD gegen Verwaltung - großes Mißtrauen! Trauen Sie der Frau Präsidentin nicht!)

(C)

- Das geht nicht. Wir müssen sicherstellen, daß der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" diese Legitimation erhält.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Erteilen Sie dem Kalenberg den Auftrag!)

Wie wir das machen, kann ich noch nicht sagen. Es ist unter anderem ein verfassungsrechtliches Problem, ob sich der Landtag als Legislative bereit findet, sich einem Exekutivorgan, einer Ministerialstelle, unterzuordnen. Ich spreche das hier in aller Ernsthaftigkeit an.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Das fällt Ihnen spät ein! Darüber diskutieren wir schon seit zwei Jahren! - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ihr schämt euch schon! - Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

- Über diesen Aspekt habe ich von Ihnen, Frau Kollegin, noch keinen einzigen konstruktiven Beitrag gehört. Sie sind nach wie vor der Meinung, daß das Haus

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Überprüft werden muß!)

(D) selbst das Organisationsgutachten in Auftrag geben soll und daß dieses Haus auch den Gutachter begleiten soll. Ich sage Ihnen: Das geht nicht. Solange das nicht gewährleistet ist, wird es mit uns kein Organisationsgutachten geben. Darüber müssen wir uns unterhalten.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sie haben Angst davor! Was haben Sie zu verbergen?)

Der zweite Punkt ist, daß wir die Verwaltung dieses Hauses nicht aus der Verantwortung entlassen wollen. Wir haben den Beschluß gefaßt, daß hier im Haus zunächst einmal die Vorarbeiten zu leisten sind. Die Ist-Aufnahme der Arbeiten, die hier im Haus stattfinden, ist von der Verwaltung zu leisten.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Das ist in den Ministerien genauso!)

(Walsken [SPD])

(A)

- Ich bitte um Entschuldigung! Es ist doch abstrus, einen Gutachter von außen zu bitten, er möge den Arbeitsaufwand dieses Hauses untersuchen. Die einzigen, die ihm Material geben, ist dann die Verwaltung dieses Hauses. Da kann ich nur sagen: Dieses Geld können wir sparen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Was haben Sie zu verbergen? - Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Dann kann die Verwaltung dieses Hauses die Unterlagen zusammenstellen und uns geben, und wir entscheiden, ob der Inhalt so brisant, so untersuchungsbedürftig ist, daß wir einen Gutachter damit beauftragen, die Wirtschaftlichkeit der dargestellten Situation zu untersuchen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Was haben Sie zu verbergen? - Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Gleichbehandlung mit den Ministerien!)

Das ist unsere Position. Wir halten sie für logischer, für vernünftiger.

Ihre Position ist, wie üblich, etwas publikumsfreundlich, etwas populistisch. Da sind Sie immer sehr schnell dabei. Leider muß ich Ihnen sagen: Wir können Ihnen da überhaupt nicht folgen. Ich hoffe, daß Sie uns folgen und der Sachlichkeit in dieser Position wieder mehr Raum verleihen.

(B)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Zum letzten Mal: Was haben Sie zu verbergen? - Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU] - Abgeordneter Bensmann [CDU]: Gleichbehandlung für alle! Wie für alle Ministerien auch! - Abgeordnete Robels-Fröhlich [CDU]: Gleiches Recht für alle!)

- Herr Kollege Bensmann, ist es so wahnsinnig schwierig, das zu verstehen? Die Gleichbehandlung wird ja gerade von Ihnen außer Kraft gesetzt, weil Sie nicht bereit sind, dieses Organisationsgutachten dem Arbeitsstab "Aufgabenkritik" zur Verfügung zu stellen. Sie sagen, nicht er, sondern das Haus solle es begleiten. Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist keine Gleichstellung.

(C)

Sie erhalten im Ergebnis genau das gleiche Problem wie mit dem Organisationsgutachten des Innenministers zur Polizeibesoldung. Dieses ist ausschließlich vom Innenminister vergeben und betreut worden, der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" hat es in der Begleitung nie gesehen. Das hat uns politische Probleme beschert, die eben noch hier diskutiert worden sind. Mir wäre es lieber gewesen, wenn auch dieses Gutachten vom Arbeitsstab "Aufgabenkritik" unter die Lupe genommen worden wäre. Dann hätten wir von vornherein die Gewißheit gehabt, daß es kein Parteiengutachten, sondern ein einigermaßen sachliches Gutachten ist. Ich will vermeiden, daß wir für dieses Haus letzten Endes ein parteienbezogenes Gutachten erhalten, wobei ich mit Partei nicht Parteipolitik, sondern ein Verwaltungsgutachten dieses Hauses meine.

Wenn wir uns soweit einig sind, daß wir dies vermeiden wollen, müssen wir über den Weg diskutieren, wie wir das anders hinkommen. Da sind Sie, Herr Kollege, verflüxt noch mal, bisher die Antwort schuldig geblieben. Ich bitte Sie wirklich, das einmal ernsthaft zu überlegen.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Wir haben doch diese Fragen geklärt, doch Sie haben sie wieder aus der Tasche gezogen!)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß die Frage aufgreifen, wie wir mit den finanzpolitischen Schwierigkeiten in den nächsten Jahren umgehen.

(D)

Wenn ich sehe, was die Bundesregierung und die Koalition in Bonn in den Bundestag eingebracht haben, stelle ich fest, daß die finanzpolitischen Schwierigkeiten in den nächsten Jahren offensichtlich in erster Linie auf Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose abgewälzt werden sollen. Wir haben den Solidarpakt, der uns ja erst 1995 voll erwischen wird - mit Mindereinnahmen im Landeshaushalt, mit Mindereinnahmen im kommunalen Bereich -, mit allen Parteien, interfraktionell und mit Ländern und Bund hinkommen. Dies war eine sehr schwierige Übung. Wenn diese Übung mißbraucht werden sollte, wenn sich die Bundesregierung an der Konsolidierung des eigenen Haushalts, an der Lösung ihrer eigenen finanzpolitischen Probleme vorbeimogelt, indem sie das auf die

(A) (Walsken [SPD])

sozial Schwachen und damit auf die Länder und Gemeinden abwälzt, macht sie den Solidarpakt im nachhinein zu einer einseitigen sozialpolitischen Farce.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nur sagen: Wenn das das Ergebnis des Sozialpaktes sein soll und wenn Sie dann möglicherweise noch mitspielen, kommen wir in eine Situation hinein, die in unserer Republik ein Auseinanderklaffen des Gefühls der sozialen Gerechtigkeit entstehen läßt. Davor möchte ich uns alle bewahren.

Ich hoffe, daß wir das gemeinsam schaffen und Sie sich Ihrer Verantwortung für die Menschen in diesem Lande bewußt sind und nicht dazu beitragen, daß unser Sozialgefüge dermaßen angeknackst wird, wie es im Augenblick von einigen beabsichtigt ist. Darum möchte ich zum Schluß diesen dringenden Appell an Sie richten. Ich hoffe, daß das nützt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Walsken. - Für die F.D.P.-Fraktion darf ich dem Abgeordneten Wickel das Wort erteilen. Bitte sehr!

(B)

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorab möchte ich noch eine Bemerkung an den Finanzminister richten. Sie haben heute mittag auch auf meine Rolle als Stadtverordneter in meiner Heimatstadt Bonn abgehoben und damit versucht, den Nachweis zu erbringen, daß Gemeindehaushalte ebenfalls Schulden haben und trotzdem Rücklagen ausweisen.

Nun sind Sie - man sieht es ja schon, wie Sie gucken - ein viel zu schlauer Fuchs, als daß Ihnen nicht klar wäre, wie wir in den Gemeindehaushalten die getrennten Teile von Verwaltungshaushalten und Vermögenshaushalten gestalten müssen. Hinzu kommt - das ist das Entscheidende -, daß wir vor Ort handeln bzw. handeln müssen.

Wir werden in Bonn eine Haushaltssperre erlassen müssen, weil die Verschlechterung der Haushaltssituation dies zwingend erfordert. Soweit sind wir im

(C)

Jahre 1993 schon. Das ist der Unterschied, über den wir heute morgen diskutiert und geklagt haben. Das ist der Unterschied zwischen Stadt und Land: Wir handeln, wenn eine zu hohe Verschuldung droht. Das ist der Unterschied, wenn wir hier im Landtag beklagen, daß die Landesregierung nicht handelt, obwohl die finanziellen Voraussetzungen ähnlich sind. Aber dies nur als Vorbemerkung.

Nun zum Nachtragshaushalt! Aus den Ausschußberatungen ist bekannt, daß die F.D.P.-Fraktion allen vom Finanzminister vorgeschlagenen kw-Stellen aus Überzeugung gefolgt ist. Ihnen ist bekannt, daß wir die bisher erbrachten Einsparungsvorschläge noch nicht für ausreichend halten. Ihnen ist bekannt, daß erst eine Einsparung in der Größenordnung von zirka 30 000 Stellen zur echten Konsolidierung des Personalhaushaltes beitragen wird.

Damit da gar kein Mißverständnis entsteht: Herr Finanzminister, wir unterstützen Sie in allen Punkten, in denen Sie uns überzeugen. Als Oppositionspolitiker lege ich ausgesprochenen Wert darauf, daß Sie das als Minister auch wissen. Das soll man auch entsprechend werten. Ich weiß, Sie tun das, weil es unser gemeinsames Anliegen ist, den Karren irgendwie wieder aus dem Dreck zu ziehen.

(D)

Nun hat der Finanzminister in seiner Einbringungsrede zum Haushalt 1994 ausgeführt, daß bereits über 50 % der rund 345 000 Stellen bis heute überprüft sind. Wenn wir jetzt rechnen - Polizei und Lehrer -, bleiben die anderen 50 % übrig, da ist aber in der heutigen Situation kaum etwas einzusparen. Dann muß doch die Frage erlaubt sein: Wo sind denn noch die weiteren Einsparpotentiale? Das wird nicht einfach werden.

Wir kennen die Situation in den Ministerien. Hier ist der Finanzminister auch wieder fair. Er sagt: Was ich von anderen verlange, dem unterwerfe ich mich mit meinem Haus ebenfalls, aber die anderen Häuser auch. Nur, in den Häusern sind es wenige Leute. Da können wir lediglich symbolisch Fakten setzen, aber zahlenmäßig und finanziell kann da nicht soviel herauskommen.

(Wickel [F.D.P.])

(A)

Deshalb müssen wir diese Frage immer wieder auf Wiedervorlage legen: Wo kommen andere Einsparpotentiale her, und wie geht es weiter? Trotz dieser Fragestellungen erkläre ich heute für die F.D.P.-Fraktion, daß wir den Finanzminister bei weiteren Bemühungen unterstützen.

(Minister Matthiesen: Oho!)

- Das ist eben der feine Unterschied, Herr Minister Matthiesen: Für Dinge, die uns überzeugen, können wir auch in den Kampf ziehen. Dann kann man das auch rechtfertigen. Sie kennen es ja am eigenen Leibe: Wenn man überzeugt, hat man mehr Verbündete, als wenn man nicht überzeugt.

(Minister Matthiesen: Ganz neue Töne der F.D.P.!)

- Nein, das sind Töne, die kennen Sie von mir schon länger, weil wir eben differenzieren können.

(Minister Matthiesen: Ich sagte ja, bei der F.D.P.! - Abgeordneter Aigner [SPD]: Nachtigall, ick hör dir trapsen!)

(B)

Meine Damen und Herren! Wir haben nun in dieser Nachtrags-Ausschußberatung doch die Meinung vertreten, daß im Bereich der Polizei früher und anders gehandelt werden mußte. Wir haben die drei Anträge gestellt:

Wir wollten erstens für die Polizei, die Steuerfahndung und den Strafvollzug die vieldiskutierte Phasenverschiebung, die Stellenbesetzungssperre und die Ersatzbeförderungssperre rückwirkend zum 1. Januar 1993 aufgehoben haben.

Wir wollten zweitens, daß der Finanzminister ermächtigt wird, die sich daraus ergebenden Stellenhebungen in den Nachtragshaushalt 1993 einzustellen.

Wir wollten drittens die dadurch entstehenden Mehrausgaben durch eine entsprechende Kürzung der sächlichen Verwaltungsausgaben decken.

Wir haben für diesen Antrag im Fachausschuß keine Mehrheit gefunden. Die SPD-Mehrheitsfraktion hat diesen Antrag abgelehnt und zugleich den dritten

(C)

Reparaturvorschlag zur Polizeibesoldung vorgelegt und einen vierten Reparaturvorschlag für den Haushalt 1994 angekündigt.

Wir waren und wir bleiben der Auffassung, daß unser Antrag mehr geholfen hätte und damit den permanenten Reparaturbetrieb der Mehrheitsfraktion überflüssig gemacht hätte.

Jetzt bitte ich Sie, gut zuzuhören: Trotz dieser Überlegungen haben wir dem SPD-Antrag zugestimmt, um einfach unserer Polizei das Gefühl zu geben, daß auch die Opposition in diesem Landtag berechnete Anliegen unterstützt. Die weiteren Einzelheiten der Beratung und die jeweilige Stellungnahmen der F.D.P.-Fraktion - hier ist ja von vielen Punkten die Rede, die im Nachtrag beschlossen werden sollen - können Sie jeweils der Drucksache 11/5666 entnehmen.

Ich lege Wert darauf: Wir werden heute wie auch bei der Schlußabstimmung im Haushalts- und Finanzausschuß den Nachtragshaushalt in der Gesamtabstimmung ablehnen, weil er die Fortsetzung und ein Nachtrag eines von uns politisch ungewollten Haushaltsgesetzes 1993 ist. Wir weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß vernünftige Ideen und gute Vorschläge in den Einzelabstimmungen von uns mitgetragen und auch verantwortet werden. - Ich danke Ihnen.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Herzlichen Dank, Kollege Wickel. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Abgeordneter Dr. Busch.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für erregte Debatten war ja heute morgen Raum genug. Ich denke, an diesem Nachtragshaushalt ist nicht mehr sehr viel Aufregendes; es ist eine Altlast, eine Anpassung an Fehlentwicklungen, die auf Bundes- und Landesebene stattgefunden haben. Es geht um die haushaltsmäßigen Auswirkungen des unsozialen Föderalen Konsolidierungskonzeptes, also im Klartext: des sogenannten Solidarpakts, der in Wahrheit ein CDU/SPD-Paket zur Unterhöhlung der Solidarität in dieser Gesellschaft ist.

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(A)

Ich will das nicht mehr weiter kommentieren, will nur noch sagen, daß ein Punkt aus meiner Sicht besonders bedauerlich ist: daß nämlich das REN-Programm, also das Programm "Rationelle Energienutzung und erneuerbare Energiequellen", das im Haushalt 1993 einen erfreulichen Aufwuchs erfahren hat, im neuen Haushalt 1994 wieder zurückgefahren wurde. Der Haushalt 1993 und insbesondere der Nachtragshaushalt mit seiner Aufstockung hatten gewisse Hoffnungen geweckt, die durch den neuen Haushalt enttäuscht werden.

In diesem Nachtragshaushalt unternimmt der Finanzminister den aus unserer Sicht untauglichen Versuch, die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für Personalkürzungen zu schaffen, und zwar bevor die sachlichen Grundlagen für diese Personaleinsparungen geklärt sind. Ich hatte das schon in meiner ersten Rede zur Einbringung des Nachtragshaushalts dargelegt. Ich will Ihnen das noch einmal vorhalten, weil ich auch in den Ausschußberatungen darauf keine vernünftige Antwort bekommen habe. Ich will Ihnen einen Haushaltsvermerk sozusagen prototypisch vorlesen; dort heißt es:

Soweit das externe Gutachten zu dem Ergebnis kommen sollte, daß die zu Ziffern 3 bis 5 ausgebrachten kw-Vermerke zu realisieren sind, werden in den Haushalten 1996 bis 1998 jeweils 23 Stellen für Angestellte ... eingerichtet.

(B)

Also: Falls ein Ereignis eintreten sollte, kann die Landesregierung dies und das tun. Das ist das Gegenteil von einem Gesetz! Ein Gesetz hat eindeutig und bestimmt zu sein; das ist der Charakter eines Gesetzes. Das hier ist kein Gesetz, sondern eine Mogelpackung. Hier wird der Eindruck erweckt, man wolle sparen, obwohl man in Wirklichkeit noch gar keine Ansätze dafür hat. Das ist kein Haushaltsplan, sondern eine Ansammlung von Konditionalsätzen, kein Gesetzestext, sondern Lyrik!

Ein anderes Beispiel - ich zitiere den Haushaltsvermerk, also den Gesetzestext -:

Eine Realisierung erfolgt nur, wenn ein Pilotprojekt der Rückverlagerung von Beihilfe- und Bezügeverfahren ergibt, daß die dezentrale Bearbeitung der Beihilfe- und der Bezügeverfahren durch die

personalaktenführende Stelle effektiver und ökonomischer ist als die zentrale Bearbeitung.

(C)

Im Klartext also: Die Ergebnisse dieser Organisationsuntersuchungen liegen überhaupt noch nicht vor. Sie wissen noch gar nicht, was Sie wirklich wollen, ja, nicht einmal, was sinnvoll ist. Trotzdem wollen Sie in dem jetzt vorliegenden Haushalt, also in dem Nachtragshaushalt, schon einmal Eindruck schinden. Das machen wir nicht mit! Sie verfahren nach dem Motto: Dieser Haushalt wird umgesetzt, wenn die Landesregierung erfolgreich arbeitet. Damit wird das Budgetrecht des Parlaments ad absurdum geführt.

Sie sind ja noch nicht einmal in der Lage, die Einsparungen zu konkretisieren. Ihr Personalabbauprogramm ist überhaupt noch gar nicht etatfrei. Ich nenne Ihnen einen weiteren Haushaltsvermerk bei Kapitel 06 020:

Die Spezifizierung hinsichtlich der Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen wird in dem der Terminierung der kw-Vermerke vorangehenden Haushalt vorgenommen.

Also: nicht jetzt, sondern irgendwann! § 17 Absatz 5 der Landeshaushaltsordnung verlangt, daß Planstellen nach Besoldungsgruppen und Amtsbezeichnungen ausgebracht werden. Vermerke, die diese Planstellen kw stellen, müssen also ebenfalls spezifiziert werden; sie können nicht in allgemeiner, lyrischer Form dargestellt werden, sondern das muß stellenscharf ausgebracht werden.

(D)

Sie knüpfen das Wirksamwerden der kw-Vermerke an Bedingungen. Statt also zu warten, bis klar ist, was das Parlament auf der Grundlage der Organisationsuntersuchung machen will, und dann einen Haushalt vorzulegen, muten Sie uns jetzt zu, einen Haushalt zu verabschieden, der keinerlei haushaltsrechtliche Verbindlichkeit hat, sondern lediglich die Qualität einer Absichtserklärung vorweist. Und - wie wir es hier schon so oft erlebt haben -: Die Landesregierung mißbraucht den Haushalt als Instrument für politische Werbung. Gleichzeitig wird das Parlament zu einem Verein von Ja-Sagern degradiert: Es soll schon zustimmen, bevor die Ergebnisse der Untersuchungen überhaupt ernsthaft geprüft werden konnten.

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(A)

Organisationsuntersuchungen - das ist ein weiterer wichtiger Punkt - können ja eigentlich nur Hilfestellungen für solche Personalentscheidungen bieten. Sie müßten gründlich analysiert, bewertet und politisch diskutiert werden, bevor dann entschieden werden kann, also eine Umsetzung in Form des Haushalts erfolgen kann.

Wir haben extra einen neuen Ausschuß in diesem Parlament eingerichtet, der diese Arbeit leisten soll. Aber wenn der Landtag jetzt schon haushaltsmäßige Entscheidungen trifft, bevor die Ergebnisse der parlamentarischen Beratungen dieses Ausschusses vorliegen, dann macht er eigentlich dessen Arbeit zur Farce.

Vielleicht noch ein Wort zu der Untersuchung der Landtagsverwaltung! Das ist ja ein Punkt, der hier auch mehrfach strittig diskutiert wurde. Ich glaube, das ganze Dilemma der Organisationsuntersuchungen zeigt sich hier in sehr prägnanter und gebündelter Form: Wir haben nämlich keine vernünftigen Vorgaben für diese Untersuchungen. Das präzisiert sich an der Frage, wie viele Ausschußprotokolle wir wann haben wollen. Nicht einmal diese Frage, die scheinbar so einfach ist, konnten wir hier einvernehmlich klären - und da erwarten wir eine Organisationsuntersuchung, die uns entscheidende Hilfestellung leistet, wie die Landtagsverwaltung auszusehen hat! Das kann doch nicht sein! Wir müssen erst einmal für uns klären, was wir hier im Landtag an Leistungen der Verwaltung haben wollen, bevor wir dann eine entsprechende Untersuchung in Auftrag geben. Auf der Grundlage, die wir bisher haben, ist das meines Erachtens nicht sinnvoll möglich.

(B)

Ein letztes Wort noch zum Antrag der F.D.P.: Wir sind dafür, und wir werden dem zustimmen, daß dort zusätzliche Stelle eingerichtet werden. Wir sind allerdings der Meinung, daß das nicht nur im Bereich der Betriebsprüfung, sondern auch im Bereich der Steuerfahndung nötig wäre. Aber das erste wäre ja schon einmal ein erster wichtiger Schritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Dr. Busch. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

(C)

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Etwas muß den Kollegen Schauerte massiv getroffen haben. Er kann nur noch darüber reden, daß es eine gescheite Möglichkeit gab, strukturverbessernde Maßnahmen vernünftig finanzieren zu können.

Meine Damen und Herren, ich nehme an, daß der Haushalts- und Finanzausschuß in gut einer Viertelstunde erneut über den Nachtrag diskutieren wird. Insoweit ist es eine Frage der Ökonomie, ob man noch sehr lange und intensiv darüber reden muß, was in zweiter Lesung zu sagen ist. Darum wende ich mich jetzt nicht an Sie, Herr Kollege Schauerte, sondern an den Kollegen Bensmann: Er hat gesagt, es müsse geradezu gesamtstaatliche Verantwortung sein, das, was an zusätzlichen Aufgaben auf das Land zukomme, nicht durch erhöhte Kredite, sondern durch entsprechende Einsparungen zu finanzieren, um die Kreditmarktschulden nicht weiter ansteigen zu lassen.

Herr Kollege Bensmann, ich zitiere:

Die Verschärfung der rezessiven Tendenzen durch eine prozyklische Haushaltspolitik gilt es zu vermeiden. Deshalb können zusätzliche Belastungen 1993 nicht durch Einsparungen bei konjunktur- oder strukturwirksamen Ausbauprogrammen aufgefangen werden, sondern nur durch Kredite.

(D)

Ich habe gerade die Bundesregierung zitiert, die haargenau diesen Weg gegangen ist, aus gesamtstaatlicher und gesamtwirtschaftlicher Verantwortung heraus keine weiteren Einsparungen bzw. Ausgabenreduzierungen vorzunehmen, sondern aufgrund der konjunkturellen Situation über den Kreditmarkt die Haushalts-situation zu finanzieren. Das begründet die Bundesregierung mit "gesamtstaatlich".

Deshalb ist es nicht ganz fair, nach Nordrhein-Westfalen zu kommen und zu sagen, daß es dort einen anderen Gesamtstaat als in Bonn gibt. Was in Bonn

(Minister Schleußer)

(A)

als gesamtstaatlich gilt, gilt in Nordrhein-Westfalen nicht? Ich finde, daß man sich den Gesamtstaat schon gesamtstaatlich vorstellen sollte. Das ist jedenfalls mein Vorschlag.

In bezug auf die Steigerungsraten erinnere ich mich nur zu gut daran, daß es einen Haushaltsentwurf des Bundes gab, Herr Kollege Bensmann, der eine Steigerungsrate von 2,3 % vorsah. Sie sind hier nicht müde geworden zu empfehlen, ich möge doch diesem behren Beispiel des Bundes folgen und auf eine solch niedrige Steigerungsrate zurückkommen.

Mittlerweile liegt der Bund bei fast 7 %. Empfehlen Sie mir immer noch seine Steigerungsrate oder meinen Sie, die geringfügige Steigerung, die jetzt vorgenommen wird, sei nicht ausreichend?

Zur Personalkostenbegrenzung! Herr Kollege Bensmann, wer fordert denn permanent, lehnt aber entsprechende Vorschläge der Landesregierung, die die Stellenbesetzungssperre und andere Maßnahmen beim Personal betreffen, ab? Sie haben schon 180 Millionen DM zur Disposition gestellt, bevor die erste Sparmaßnahme da war. Ich habe Ihnen - das gilt auch für Sie, Herr Kollege Wickel - heute mittag und auch bei der Einbringung schon dargelegt, daß wir insgesamt 170 000 Stellen untersucht haben. Das ist etwa die Hälfte der Landesverwaltung.

(B)

Ich glaube, daß wir bei Kienbaum im Lehrerbereich mit der Reduzierung des Stellenanspruchs um 17 000 Stellen gut zurechtgekommen sind und bei den 30 000 Stellen jetzt aufgrund der Untersuchungen um 7 000 absenken können. Das ist nicht so schnell, wie auch ich das gerne hätte. Wir haben uns im Ausschuß darüber unterhalten, wie viele gesetzliche Rahmenbedingungen es zu erfüllen gibt, um das realisieren zu können. Ich bin sicher, daß sie erfüllt werden.

Herr Kollege Wickel, was die Haltung des Kommunalpolitikers und Landespolitikers angeht, so habe ich nur auf ein einziges Argument, das Sie in der Sitzung am vergangenen Mittwoch gebracht haben, reagiert. Es gehe nicht, haben Sie gesagt, daß man hochverschuldet sei und Rücklagen bilde. Weil ich letzte Woche nicht nach Ihnen geredet habe, habe ich Ihnen dazu heute gesagt, daß ich es plausibel finde, wie Bonn sich verhalte. Dort macht man es nicht anders

(C)

als beim Land, obwohl die Haushaltsstrukturen sicherlich unterschiedlich sind. Aber Gott sei Dank bildet die Stadt Bonn Rücklagen, obwohl die Verschuldung hoch ist. Das ist eine normale Geschichte. Wir sind einen ähnlichen Weg gegangen.

Nicht folgen kann ich der F.D.P. in dem, was sie in ihrem Antrag zur Polizei, zur Steuerfahndung und zum Justizvollzug ausführt. Denn die Stellenbesetzungssperren, die die massivsten Auswirkungen haben, gelten weder für den mittleren und gehobenen Dienst der Steuerfahndung noch für die beamteten Polizisten noch für den gehobenen bzw. mittleren Dienst im Justizvollzugsdienst. Das ist die entscheidende Größe, auf die Sie es vermutlich angelegt haben, meine Damen und Herren.

Wir werden den Nachtrag noch in dritter Lesung beraten. Ich setze auf eine vernünftige Abstimmung des Parlaments.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Finanzminister Schleußer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe deshalb die Beratung zur zweiten Lesung des Nachtragshaushalts 1993.

(D)

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Entwurf des Nachtragshaushaltes 1993 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses. Das ist die Drucksache 11/5666. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Die Gegenprobe. - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Es gibt keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Entwurf des Nachtragshaushalts 1993 in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN angenommen.

Zur Vorbereitung der dritten Lesung lasse ich nun über die Rücküberweisung des Gesetzentwurfes an den Haushalts- und Finanzausschuß abstimmen. Wer für die Rücküberweisung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Die Gegenprobe! -

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1993 an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen.

Wir stimmen nun noch über den Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/5634 zum Thema Stärkung der Leistungskraft von Polizei, Steuerfahndung und Strafvollzug im Kampf gegen die steigende Kriminalität ab. Hier wurde gemäß § 88 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung direkte Abstimmung beantragt, so daß wir über diesen Antrag inhaltlich abstimmen.

Wer ist für den Antrag der Fraktion der F.D.P.? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist der Antrag der F.D.P. Drucksache 11/5634 in direkter Abstimmung abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 11/5485

(B) Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
Drucksache 11/5952

zweite Lesung

Ich verweise auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/5992, auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6010 und auf den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/6011.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst dem Abgeordneten Gorlas für die SPD-Fraktion das Wort.

(Vorsitz: Präsidentin Friebe)

Abgeordneter Gorlas (SPD): Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren! In Bonn wurde mit Wir-

(C)

kung vom 1. Mai dieses Jahres das Bundesnaturschutzgesetz geändert. Danach wird schon bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes gleichzeitig über den Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft entschieden. Das ist unmittelbar geltendes Bundesrecht.

Diese Gesetzesänderung ist gut und wird von uns unterstützt. Aber immer, wenn aus Bonn einmal etwas Gutes kommt, wird es gleich durch falsche Entscheidungen, die meist angefügt sind, konterkariert. Die Entscheidung des Bundestages bedeutet auch, daß der gleiche Eingriff in Natur und Landschaft, der im zukünftig beplanten Innenbereich ausgleichspflichtig ist, im unbeplanten Innenbereich überhaupt kein Eingriff ist. Und das muß, wie ich meine, falsch sein.

Ein Bauvorhaben, das im Bereich eines Bebauungsplanes ein Eingriff ist, der die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt, kann nicht, nur weil es keinen Bebauungsplan gibt, beim gleichen Bauvorhaben kein Eingriff sein. Weil dies so unlogisch ist, hat der Vermittlungsausschuß beschlossen, daß die Länder durch weitergehende Regelungen diese Unlogik beseitigen können.

Wenn wir das mit diesem Gesetzentwurf tun, stellen wir für den unbeplanten Innenbereich den gleichen Rechtszustand wieder her, wie er hier bei uns bis zum 30. April bestand.

(D)

An dem in erster Lesung am 26. Mai vorgestellten Gesetzentwurf haben wir im Ausschuß neben zwei stilistischen zwei inhaltliche Änderungen vorgenommen.

Wir haben erstens die in § 5 Abs. 2 zwar nur als Ultima ratio, aber immerhin vorgesehene Möglichkeit der Enteignung für ökologische Ausgleichsmaßnahmen gestrichen, da wir die Befürchtungen der Landwirte ernst nehmen, manche Behörden könnten zu leichtfertig mit ihrem Eigentum umgehen. Hierin unterscheiden wir uns von der CDU/F.D.P.-Koalition in Bonn.

(Beifall des Ministers Matthiesen)